

Erneuter Einspruch der Nationalsozialisten gegen die Reichstagsabstimmung

Berlin, 11. Juni.
Von der Nationalsozialistischen Freiheitspartei ist an den Präsidenten des Reichstages folgendes Schreiben gerichtet:

Herr Reichspräsident!
Bei der Abstimmung am Freitag, den 6. Juni 1924 über die Vertrauensfrage hat Herr von Brüning im Namen unserer Partei zum Ausdruck gebracht, daß wir in dieser Abstimmung keine Vertrauensverhältnisse erblicken können, wie sie eine Reichsregierung nach Artikel 64 der Verfassung zur Durchführung der Geschäfte benötigt, und daß jedoch eine Reichsregierung nach der Verfassung kein Recht hat, im Amt zu bleiben.

Wir wiederholen hiermit nochmals in aller Form und mit allem Nachdruck diesen unseren Einspruch. Im Anschluß an die Abstimmung des 6. Juni 1924 ist nun aber in der Presse der Reichsregierung ebenfalls die Auffassung zum Ausdruck gebracht worden, daß durch jene Abstimmung die Reichsregierung ermächtigt worden sei, das Dames-Gesetz als bindende Grundlage zur Regelung der Reparationsfrage anzunehmen. Wir weisen mit allem Nachdruck darauf hin, daß die Forderungen des Dames-Gesetzes, falls sie zur Durchführung gelangen sollten,

Verfassungsänderungen zur Voraussetzung haben. Es ist daher unzulässig, sich unter Berufung auf die Verfassung, daß eine Regierung mit einfacher Stimmenmehrheit erwählt werden soll, Bindungen gegenüber dem Auslande einzugehen, deren Durchführung eine Zwei-Drittel-Mehrheit erfordert. Wollte man die Regierung zu solchen verfassungsändernden Schritten ermächtigen, so bedürfte dies schon am 1. Juni 1924 einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Eine solche war aber nicht vorhanden.

Ueber unseren anfangs erwähnten Einspruch hinaus legen wir hiermit feierlich die Erwahrung ein neuer eine solche Auffassung der Regierungspartei. Wir wollen von diesem Standpunkt aus die Regierung in der vorerwähnten Richtung werden wir niemals anerkennen. Wir bitten Sie, Herr Reichspräsident, sowohl dem Willen des Reichstages als auch der Reichsregierung von diesem unseren Protest Kenntnis zu geben. Am 11. Juni 1924, Wilhelm Henning, Dr. h. c. h., Geschäftsführender Vorstandsmittglied.

Der sozialdemokratische Parteitag

Berlin, 11. Juni.
Am heutigen Mittwochabend um 6 Uhr begann in Berlin auch zweijähriger Parteitag der sozialdemokratischen Partei, dessen Programm diesmal sehr umfangreich ist und das aller Wahrscheinlichkeit nach heftige Debatten über die Frage bringen wird, ob die Partei der Wirtschaft der Sozialpolitik der S. P. D. in dem bevorstehenden Reichstage einwenden gesehen ist und wie die vor den Wahlen sehr erhaltene Opposition innerhalb der Partei sich mit der Einwirkung der S. P. D. nach den Neuwahlen abfinden gedenkt.

Die Lage im Eisenbahnerkonflikt

Berlin, 11. Juni.
Derzeit hundert oder sogar dreihundert die Entlassung fallen, die die rund 4000 Eisenbahner in dem Kampf gegen die Reichsregierung an die Spitze genommen haben, die den Aufbruch zu den Konventionen der Eisenbahner, deren Vertreter in Berlin zum Parlamenten. Von allen Delegierten wurde die Forderung der Regierung scharf kritisiert, doch wurden die Forderungen der Eisenbahner gegen die Konventionen der Reichsregierung laut, von der die Arbeiter erklärten, daß sie offenbar schon jetzt sich als Sozialisten der Arbeiterklasse und eine Politik betreiben, die nur im Interesse der gesamten internationalen Arbeiterklasse liegt. Ganz deutlich die Stimmung unter den deutschen Arbeiterführern zeigt, weil nach der endgültigen Umstellung der Reichsregierung und ihrer Lebenshaltung durch eine internationalisierte Leitung auch die letzten Rechte befristet werden und die Eisenbahner sich ermitteln haben.

Im Hinblick auf die Konventionen kann bezweifelt werden, daß die neue Tarifverträge für die Eisenbahner unannehmbar sei, da er den Arbeitern zum Teil die Verschärfung auf 10-12 Wochen mehr bis zur Arbeitslosigkeit zu lauten. Dadurch sei der Streikendruck gestiegen, im Durchschnitt 13-14 Dienststunden zu leisten. Auch in der Tabakverarbeitung mühen die Arbeiter in 78 Tagen des Jahres 1923 18 Stunden Dienst verrichtet. Das bedeutet eine Überbelastung der Arbeiter, die gesundheitlich den Betroffenen schwere Schäden zufügen können. Die von der Hauptverwaltung der Reichsbahn vorgeschlagene Arbeitsregelung und die Dienstüberwachungsstellen seien gleichfalls unannehmbar, und es gäbe hier nur das Mittel des Streiks, da die maßgebenden Bestimmungen hinsichtlich der Arbeitsregelung nicht durchzuführen seien, ist auf heute nachmittags beschlossen worden. Aus Beobachtungen ergaben sich jedoch, daß mehr als 70 Prozent der in Berlin anwesenden Delegierten gegen bereit.

für die Durchführung des Kampfes mit den letzten gewerkschaftlichen Mitteln einzutreten. Diese Forderung der Eisenbahnerverbände dürfte auf die Entlassung des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes nicht ohne Einfluß bleiben. Wäher ist zwischen Eisenbahnerverbänden und der Hauptverwaltung der Reichsbahn eine erneute Stillenahme nicht erfolgt.

Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über den Personalabbau

Berlin, 11. Juni.
Wie wir erfahren, wird die Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über den Personalabbau in den nächsten Tagen dem Reichstage vorgelegt. Der Denkschrift ist als Stütze der 1. April 1921 zugrunde gelegt. Aus der in der Denkschrift enthaltenen Übersicht geht hervor, daß von dem am 31. März 1923 in den Reichsbudget einschließlich Reichsbahn und Reichspost beschäftigten 1.500.214 Köpfen bis zum 31. März 1924 306.585 Köpfe, mithin 21,9 Prozent abgebaut werden sollen. Die Ersparnis an Gehältern für das abgebaute Personal beträgt insgesamt 494 Millionen Goldmark. Damit ermäßigen sich die gesamten Personalaufwendungen des Reiches um 16,3 Prozent.

Der Kampf gegen die neue Besoldungsregelung

Dortmund, 11. Juni.
Eine vom Ortsrat Dortmund und dem Deutschen Beamtenbundes dem Gesamtbund deutscher Beamtenvereinigungen und dem Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände einberufene Protestversammlung nahm eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: „Die Verarmung ergibt flammenden Protest gegen die durch die Besoldungsreform vom 1. Juni vorgeschlagene neue Festsetzung der Beamtengehälter. Die Gehälter von 17 Prozent unten und 71 Prozent oben muß in den Kreisen der unteren und mittleren Beamten geradezu aufreißend wirken. Für die Beamten des besetzten Gebietes ist die mit der Besoldungsreform des Besoldungsrichters vorgenommene Herabsetzung der Gehälter gleichgültig vorgenommenen Herabsetzung der Gehälter, da durch die Monatsbesoldung für die Beamten der Gehaltsgruppen II und III auf 9 bzw. 10, 20 Mark herabgesetzt. Die Verarmung erweist sich als ein sozialer Rückschritt, der die Bevölkerung eine neue Zeit, die von sozialer Seite her die Besoldungsreform als ein Zeichen einer menschenwürdigen Lebensführung wiederlegt.“

Eine Rede des Bürgermeisters von Wien

Wien, 11. Juni.
Bei einem Empfang der Mittelschüler aus ganz Österreich hielt Bürgermeister Seib eine Rede, in der er sich äußerte, auf die feierliche Entfremdung zwischen den Bundesländern und der Bundeshauptstadt Wien und das damals gegebene Schlagwort vom Werkstoff Wiens hinwies, die die Bundesländer in Wien zu setzen, die die Ansicht, daß ein Staat nur von den landwirtschaftlichen Produzenten, Gewerkschaften, und es sei allgemein anerkannt, daß auch Gewerbe und Handel Quellen der Wohlfahrt sein können. Heute haben sich alle Länder der deutsch-österreichischen Republik in dem Willen aufgeschlossen, diese Feindschaft zwischen Österreich wieder hart und ganz zu machen in seiner Wirtschaft, in seiner Kultur. Von Wien sagte der Bürgermeister unter stürmischen Beifall, daß dieses

Deutsch-Österreich zum großen beidseitigen Hinterland

und daß wir die Pflicht haben, uns einig aufzumachen und Treue zu halten bis zu dem Moment, da das deutsche Volk der Arbeit in Mitteleuropa als eine Einheit für seine Zukunft sorgen kann. Wenn auch die Wiener der Mittelschüler aus Österreich im Burgtheater eine Aufführung der „Jungfrau von Orléans“ stattfand. Eine ganze Reihe von Stellen, insbesondere die Stelle „Nichtswürdig ein Wolf, das nicht freudig alles fressen an seine Gebe“ wurden bei offener Szene stürmisch applaudiert.

Amerikas außenpolitisches Programm

London, 11. Juni.
Auf dem republikanischen Konvent in Cleveland ist eine außenpolitische Rede von Woodrow Wilson am 10. Juni gehalten worden, welche Aufsehen erregt hat, weil sie eindeutig anfänglich, daß die Republikanische Partei die Politik der Isolation aufzugeben geneigt ist. Wilson führt aus:

„Unsere außenpolitischen Beziehungen haben eine höhere und geläuterte Entwicklung erreicht. Es fehlt uns keineswegs an Interesse für das, was in der übrigen Welt vor sich geht, wir sind keineswegs ohne Anteil an freundschaftlichen Gesinnungen mit weniger glücklichen Völkern zusammenzuwirken, soweit die Interessen der Welt in der Lage sind, sich zu einigen. Sobald sie entfallen sind, in die Zukunft hat in die Vergangenheit zu blicken, wird Amerika seine Politik ohne Vorbehalt und Ungezügelt geben. Wir werden unsere jenseitsatlantischen Hilfswaffen zur Verfügung stellen in der Form von Anleihen für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Fortentwicklung. Aber darüber muß man sich klar sein, daß die Grundzüge des Friedens in Europa selbst gelegt werden muß, dem seine Nation der neuen Welt ist imstande, die Probleme der alten zu lösen. Dieser habe man in Europa nicht den Wunsch gehabt, einen unparteilichen Freund in Amerika zu gewinnen, sondern man habe Amerika als Bundesgenossen der einen oder anderen Seite in den Konflikten gesehen wollen. Aber es ist notwendig gewesen, sich darüber klar zu sein, daß eine glückliche Welt nicht entstehen kann, wenn ein gleichwertiges Recht auf die Anerkennung eines Maximums ihrer Fortschritte besteht. Diese Fortschritte seien aus der Welt vertrieben worden, als ertraglose Monarchien, die eine absolute Herrschaft herbeiführen wollten, von ihrem Thron vertrieben wurden. Jedes Volk muß auf sich selbst verlassen sein, und die internationale Zusammenarbeit zu erzielen. Es sei Amerikas Aufgabe, einen neuen Geist der Unparteilichkeit zu verbreiten.“

Nachdem Wilson dafür eingetreten war, daß Amerika dem Weltfrieden beizutreten sollte, behauptete er, es sei nicht möglich, daß das neue amerikanische Einmischungsgesetz nicht gegen Japan gerichtet sei.

Eröffnung der Völkerbundstagung

Genève, 11. Juni.
Seine nachmittags 4 1/2 Uhr begann der Völkerbundstagung am 20. Tagung. Die französische Militär- und Admiralität teilte dem französischen Delegierten Leon Bourgeois sowie dem spanischen Delegierten, dem Vortier Volschard Spantens, O. U. inones de Leon, in Paris zurück. Es werden einwilligen durch Vorkaufbesitzer vertreten. Der Eintritt in die Beratungen über die Tagesordnung der Juni-Session beschloß der Rat auf Antrag des Präsidenten Beneß, dem österreichischen Bundeskanzler Seipel sein Medeauren über das Attentat auszusprechen und ihr baldige Genesung zu wünschen, und ferner dem Völkerbundskommission für Danzig über die Danziger Regierung der freien Stadt Danzig und der polnischen Regierung seine Genugtuung über die vor einigen Tagen zustande gekommene direkte Einigung über verschiedene Streitfragen auszusprechen. Was die durch den Völkerbundstagung diesmal zu beabsichtigen

Saarfragen

betrefflich, so fragte der Generalsekretär des Völkerbundes an, ob die Verhandlung der beidseitigen Note vom 30. Mai über die französischen Truppen im Saargebiet, deren Verpflegung in dem Landesorganisationsvorstand des Saargebietes durch eine Rate festgesetzt werden soll. Der Rat beschloß auf Vorschlag des Vorkaufbesitzers für die Saarfragen, des italienischen Gesandten Calandra, die Note erst auf der nächsten Session zu besprechen. Calandra erklärte, daß vorher noch die Finanzkommission des Saargebietes auszusprechen. Von der weiteren Erörterung der lokalen Saarfrage im Saargebiet nahm der Rat mit Befriedigung Kenntnis.

Russischer Protest an Polen

Moskau, 11. Juni.
Der Wotenauslaß zwischen der Sowjet- und der polnischen Regierung betreffend die Interdiktur von Wladimir in Polen ist nunmehr durch eine Rate festgesetzt, die die Nichtbestätigung der begünstigten Anführer jenseits der polnischen Regierung als Verletzung des Art. 7 des Riger Vertrags betrachte und gegen das Worgehen der polnischen Regierung auf das entschlossenste protestiere.

Der Kaiser der Sahara

Moskau von Orlid von Halstein.
Copyright 1921 by Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart

Sechstes Kapitel.
In dem ganzen Gebiet zwischen dem Niger, dem Dohobe, Timbuktu und den fälschlich Wägen des Jemen-Beiges trübte ein fieberhaftes Leben. In großen Scharen waren die Stämme der Waage aus der Wüste herbeigezogen. Wilde, schamlose, feindselige Wesen, die ihr Gesicht stets mit dem „Hann“ bis an die Wangen verhielten, so daß aus dem dunklen blauen Gewände nur die glühenden Sterne hervorblitzten, die stets in der Richtung des orangefarbenen Wägen und in der Richtung ein Bündel Speere trugen. Sie hatten eine lange Reihe von Zeltlagern gebildet, die von Sahara an Timbuktu vorbei bis östlich nach Timbuktu in einem großen Boden dieses ganze Gebiet abdeckte.

Es waren wilde Gezeiten, und als sie in hellen Scharen ankamen, erschanden die friedlichen Gezeiten und Kaufleute in Timbuktu!

Dann aber kamen aus dem Süden in noch größeren Zügen die Stämme der Wägen. Sie zogen aus Guinea herbei und wurden von isolierten Verbänden begleitet, damit sie nicht verunglückten.

Und aus dem Westen kamen die arabischen Waage. Große, schlanke Männer von leicht bräunlicher Farbe mit intelligenten Gesichtern.

Der französische Resident in Timbuktu mit seinen paar Soldaten hatte es längst aufgegeben, etwas zu sagen. Lind nun arbeiteten seit Monaten die Waagen!

„Somit waren im Jahre ein paar Schiffe den Niger aufwärts gefahren, hatten mit Waage in Wägen umgeladen, und ein paar größere Dampfer befahren, die schon Waage, aus dem Westen Wägen, des oberen Niger. Jetzt war es eine ganze Flotte außerordentlich stark gebauter, schnelle, die von kleinen, hohen Schiffschiffen gepumpten, jetzt sogar über die Stromschnellen aufwärts kämpften.“

Der Schiffverkehr auf dem Niger war ein katastrophaler, seitdem alle diese Schiffe oben bei irgend jemand einen Einspruch dagegen erhoben, die Raine des Kaisers der Sahara — ein totes Skelet auf goldenem Urunde — führten.

Und das hatten diese Schiffe gebracht! Ein tiefer Waage neben dem anderen. Intelligente Waage, bedienten die Waagen, um mit Wägen und isolierten Waagen den Kauf des Nord und West zu haben und zur Seite zu kleben. Auf Schiffen standen diese Ingetime mit Waagen, und es sah aus, als ob ein ganzes Regiment von Hülsen lastenmäßig seine Arme regte. Wägenarbeit ist ausgefallen in

der Wägen, aber ich konnte diese getrunen eisernen Knetzie, die mir am Panamanal zu treffliche Dienste getan hatten, und es war ein Vergnügen zu sehen, wie schnell die Fußmänner es lernten, sie zu bedienen.

Tief und breit war das Wabi schon ausgefüllt und dehnte sich in einer Länge von vierhundert Kilometern bis an das Zanezruft und seine Ausläufer.

Unter dem heissen, fieberhaftigen Meter ist der Niger in Timbuktu über dem Meeresspiegel, so konnte der Kanal immer flacher werden. Und während gleichzeitig dieser Niesenbagger hier arbeitete, waren überall Pumpwerke aufgestellt. Wir hatten im Wabi schon bei einem Meter Grundwasser, und während ganze Kamelherden den abgepumpten Sand fastlich verteilten, waren diese Pumpwerke, die überall das Grundwasser hoben, schon jetzt dabei, diese neuen Sandmassen ins Licht zu befördern.

Es war jetzt allerdings die Zeit, wo hier im Süden der Wüste Abends Gemitter mit Regenschauern niederzogen, aber ganze schwere Schilde mit einem schwarzen Gewitter, das immer wieder durch Wägen gebunden hätte, würde ein Dohobi aus die Arbeit einer Woche wieder verfrachtet haben.

Ein grandioses Bild! Ein Scharen und Wägen. Die Fußmänner hantieren an den Waagen.

Gelbde Waage — rasende Waage — dann plötzlich wird der Himmel schwarzgefärbt — ein Sturm liegt in der Luft, der uns den Kopf brennen läßt, dann ein Pfeifen — der Dohobi kommt. Ich sehe oben auf dem Hügel. Schnell hinunter und in ein bergendes Gann.

Ein Wägen ist leicht in den Dinen der Wüste G. Dohobi. Ich rufe einfach ab, aber kaum habe ich meine Absicht begonnen, da dröhnt unter mir aus der Dine ein langer, schauerlicher Donner. So schnell ich zu Fuß laufe, desto lauter und unheimlicher wird dieser Don. Die Dine unter mir brüllt! Der ganze Berg scheint lebendig. Tief aus seinem Innern kommt diese Stimme, und voller Schreck, obgleich es sich selbst doch so oft gehört haben, rennen die Fußmänner davon.

„Somit hat sich, wie die Wägen, das das den Eindruck erweckt, als läuteten verurteilte Gloden, als schlugen unterirdische Hände auf Gonge oder als ertönten dumpfe Wägen.“

„Ein Wägen ist im Berge versunken — Sidi — die Gloden lauten!“

Der französische Vater, der hier draußen unter uns ist und seine Erlaubnis damit erlaubt, daß er nun während der ganzen Monate nicht wieder nach Timbuktu hineinbrät, fällt die Hände.

„Nicht günt!“ der Rulle zu ihm hinüber. Großes schreit: „Nicht günt!“

„Nicht günt!“ der Rulle zu ihm hinüber. Großes schreit: „Nicht günt!“

„Nicht günt!“ der Rulle zu ihm hinüber. Großes schreit: „Nicht günt!“

„Nicht günt!“ der Rulle zu ihm hinüber. Großes schreit: „Nicht günt!“

„Nicht günt!“ der Rulle zu ihm hinüber. Großes schreit: „Nicht günt!“

„Nicht günt!“ der Rulle zu ihm hinüber. Großes schreit: „Nicht günt!“

„Nicht günt!“ der Rulle zu ihm hinüber. Großes schreit: „Nicht günt!“

„Nicht günt!“ der Rulle zu ihm hinüber. Großes schreit: „Nicht günt!“

„Nicht günt!“ der Rulle zu ihm hinüber. Großes schreit: „Nicht günt!“

„Nicht günt!“ der Rulle zu ihm hinüber. Großes schreit: „Nicht günt!“

„Nicht günt!“ der Rulle zu ihm hinüber. Großes schreit: „Nicht günt!“

„Nicht günt!“ der Rulle zu ihm hinüber. Großes schreit: „Nicht günt!“

„Nicht günt!“ der Rulle zu ihm hinüber. Großes schreit: „Nicht günt!“

„Nicht günt!“ der Rulle zu ihm hinüber. Großes schreit: „Nicht günt!“

